

Verein staatenlos.info e. V.
i. V. Präsident Rüdiger Hoffmann
NL Wittenburger Straße 10
19243 Püttelkow

14.10.2015

Unser Aktenzeichen: 4yp-323/SCHLEUS/15 (Bitte auf allen Antwortschreiben stets mit angeben!)

**An die Staatsanwaltschaft Schwerin
Bleicherufer 15
19053 Schwerin**

Vorab per Telefax: 0385/5302-444

Strafanzeige und Strafantrag mit Antrag auf Strafverfolgung

gegen

**Frau Dr. Margret Seemann (SPD)
19243 Wittenburg**

Frau Sybille Moß, Bernd Ankele, Hartwig Kolthof

**Frau Ulrike Seemann-Katz von der NGO
Flüchtlingsrat MV e.V.
Vorstand**

**Vorsitzende: Ulrike Seemann-Katz | stellvertretende Vorsitzende: Sabine Klemm | Schatzmeister: Roland Schrul |
Vorstandsmitglied: Christian Wöhlke | Vorstandsmitglied: Norbert Koschmieder
Geschäftsstelle Jürgen Seidel und Sylvia Giesler**

<http://www.fluechtlingsrat-mv.de/impressum/>

wegen

Verdacht der Beihilfe zur illegalen Einwanderung (auch illegale Migration oder irreguläre Migration), Menschenhandel §§ 180b, 181 StGB und Deckung, Schutz von Terroristen in Deutschland- Mecklenburg- Mecklenburg- Vorpommern, gegen Einwanderer, Menschen der Stadt Wittenburg und der Gemeinde Wittendörp und die Allgemeinheit

- Verstoß gegen 16 a Grundgesetz für die BRD, § 258 Strafvereitelung und § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt,
- § 274 StGB Begünstigung
- 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, [Aufenthaltsgesetzes](#) und des [Freizügigkeitsgesetzes/EU](#)
- Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Richtlinie 2009/52/EG - EUR-Lex - Europa

Weiter Hochverrat gegen den Bund oder ein Land §81,82 StGB: wer es unternimmt, die verfassungsgemäße Ordnung zu ändern, begeht Hochverrat weitere schwere Vorwürfe, die sich aus der Tatsache, dass der die Täter rechtlich grundgeschult ist sind, ergeben:

- vorsätzliche Täuschung – vorsätzliche Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung §81 und §82 StGB
- vorsätzliche Angabe falscher Tatsachen, Manipulationen und aller weiteren, in Frage kommender Straftaten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich o.g. Strafantrag und Strafanzeige gegen **die o. g. Tatverdächtigen** wegen o. g. Straftaten.

Tatort:

Lagerhalle und Liegenschaften des Jürgen Baumgarten in 19243 Wittenburg und auswärts.

Amt Wittenburg
Molkereistraße 4
19243 Wittenburg

Tatzeit:

ab August 2015

Tathergang und Begründung:

Die illegale Einwanderung erreicht in Deutschland dramatische Ausmaße. Eine realistisch erfolgreiche Prüfung ist praktisch nahezu ausgeschlossen, weil die betr. Personen nicht identifizierbar sind. Die in Europa nicht identifizierten Einwanderer werfen vor den Übertritt in sichere Staaten Europäische Union ihre Ausweise weg, bezahlen Schleusergelder bis zu 20.000 Euro und kommen als nicht sicher identifizierbare Einwanderer u. a. vornehmlich aus von Terroristen kontrollierten Gebieten in Syrien, Irak. Weiter kommen illegale Einwanderer aus sicheren Drittstaaten.

Insbesondere die freie syrische Armee und deren vielfältigen Strukturen bestehen aus angeworbenen und bezahlten Söldnern und freiwilligen Kämpfern aus ca. 83 Staaten- zumeist mit radikal islamischen Hintergrund. Die Al Nusra- Front und der Islamische Staat bestehen aus angeworbenen und bezahlten Söldnern und Freiwilligen Kämpfern und deren Anhang mit radikal Islamischen Hintergrund.

Die Terroristen benutzen zur Tarnung bei der Einwanderung auch Frauen und Kinder als Schutzschilder.

Es besteht erhebliche Gefahr und Anlaß zur Besorgnis das illegale Einwanderer, getarnte Terroristen als illegale Einwanderer und deren Anhang, Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern als illegale Einwanderer in private Liegenschaften (derzeit Lagerhalle in 19243 Wittenburg) des privaten Unternehmers Jürgen Baumgarten durch o. g. Personen fortlaufend untergebracht werden.

Laut eigenen Pressemeldungen (Druckzeugnis der Einrichtung Amt Wittenburg *Stadt – und Landbote Wittenburg*) sollen es 81 Personen sein, was aber absolut nicht sicher ist. Die Einwanderer werden gegenwärtig vor der Öffentlichkeit nahezu vollständig abgeschirmt in der Lagerhalle des Jürgen Baumgarten gehalten, was den Straftatverdacht weiter erhärtet.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist in Deutschland durch das strafbare Verhalten o. g. Personenkreise akut gefährdet und gebietet Ihr schnelles Eingreifen.

1. Antrag: Es besteht begründeter Anlaß zur Besorgnis das auf den privaten Firmengelände von Herrn Baumgarten in 19243 Wittenburg sich illegale Einwanderer/ vorgebliche Asyl suchende Personen und auch geflüchtete Terroristen der sog. „FREIEN SYRISCHEN ARMEE“, der AL- Nusra Front und des Islamischen Staates (IS) aufhalten.

Es liegt Verdacht Verstoß gegen die Einwanderungsbestimmungen von Deutschland und der Europäischen Union sowie Artikel 16a Grundgesetz vor.

- Verstoß gegen 16 a Grundgesetz für die BRD, § 258 Strafvereitelung und § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt,
- § 274 StGB Begünstigung
- 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, Aufenthaltsgesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes/EU
- Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Richtlinie 2009/52/EG - EUR-Lex - Europa

Auch besteht akute Gefahr für die öffentliche Sicherheit & Ordnung durch Terrorgefahr.

Daher ist zu ermitteln aus welchen Ländern die betr. 81 (?) Asyl suchenden Einwanderer tatsächlich stammen und über welche sicheren Drittstaaten, welche die Konvention der Menschenrechte unterzeichnet haben und insbesondere sichere EU- Länder die 81 Personen tatsächlich in Deutschland eingereist sind.

Die zwingend notwendige Aufnahme der Ermittlungen und Klärung wird hiermit ausdrücklich beantragt.

2. Antrag: Weiter ist in dem Zusammenhang zu ermitteln inwieweit die Firma *Amt Wittenburg* und die Tatverdächtigen in lukrative, illegale? Immobiliengeschäfte und Mietverträge mit dem polizeibekanntem Unternehmer Herr Jürgen Baumgarten abgeschlossen hat.

3. Antrag: Bzgl. begründeten Verdacht illegale Einwanderung und Einreise in Deutschland ist zu untersuchen inwieweit die genannten Tatverdächtigen in die Vorgänge involviert sind. Es besteht Verdacht das der gesamte Zusammenhang dem Straftatbestand illegaler Schleusertätigkeit. Eine offenbar tragende Rolle spielt dabei auch der **Verein Flüchtlingshilfe e. V.**

4. Antrag: Es besteht Korruptionsverdacht- da offenkundig mit den Asyl suchenden Einwanderern und Flüchtlingen in der Stadt Wittenburg und der Gemeinde Wittendörp lukrativ Geld gemacht wird, was zu ermitteln ebenfalls ausdrücklich beantragt wird.

Eine tragende Rolle spielt dabei auch ein **Verein Flüchtlingsrat MV e.V.**

Dabei geht es zu ermitteln inwieweit Frau Seemann ihre eigene Familienmitglieder, Freunde und Bekannte integriert hat, um über Fördergelder (Steuergeld!) Kasse auch mit illegalen Einwanderern zu machen. Die aufklärende Ermittlung wird ausdrücklich beantragt.

5. Antrag: Dazu liegt massiver Verstoß gegen die Menschenrechte und massive Grundrechteverletzung gegen die Einwanderer und die Allgemeinheit durch die strafangezeigten Täterkreise vor.

Die Gültigkeit des Grundgesetzes als höchste Rechtsnorm für die BRD, der Menschenrechte, Einwanderungsgesetze- und Verträge und aller weiteren gültigen Gesetze in Deutschland werden durch die Tatverdächtigen offenkundig bewußt nicht akzeptiert und mit Vorsatz strafbewehrt gehandelt, was zu untersuchen ausdrücklich beantragt wird!

6. Antrag: Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der Tat und aller betreffenden Tatverdächtigen und dessen Umfeld ausdrücklich beantragt und gefordert.

7. Antrag: – auf Klärung und Untersuchung des gesamten Vorganges. Die Tatverdächtigen sind dazu konkret zu vernehmen und die Beweismittel und Tatwerkzeuge sicherzustellen.

8. Antrag: Dazu wird Durchsuchung der betr. Wohn- und Geschäftsräume beantragt. Beweismaterial wie z. B. Dokumente, Computer und Speichermedien usw. sind in dem angezeigten Tatverdächtigen und deren persönlichen und dienstlichen Umfeld sicherzustellen.

9. Antrag: Hiermit beantragen wir ausdrücklich, dass wir bzgl. der lfd. Ermittlungen in Bezug dieses Vorganges durch die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin unterrichtet gehalten werden.

10. Antrag: Hiermit beantrage ich, dass die Bürgermeisterin Frau Dr. Magret Seemann, Bürgervorsteherin Frau Sybille Moß, der vorgebliche Amtsvorsteher Herr Hartwig Kolthof, und der Bürgermeister Herr Bernd Ankele auf Grund des einzuleitenden Strafverfahrens ab sofort vom Dienst freigestellt werden, um weitere Schäden bei anderen Opfern zu vermeiden. (gesetzliche Zwangsbeurlaubung gemäß § 66 BBG und weitere)

11. Antrag: Bitte geben Sie bei Ihren Schreiben auch unser Aktenzeichen mit an, weil sonst eine Zuordnung und korrekte Buchhaltung nicht möglich ist.

12. Antrag: Die Klärung hat auf jeden Fall über eine gerichtliche Hauptverhandlung zu erfolgen, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

13. Antrag: Alle Anträge rechtsmittelfähig zu bescheiden., was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

14. Antrag: Ich bitte um Bestätigung Ihrer Strafverfolgungsbehörde, was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

15. Antrag: Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin., was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

Es besteht GEFAHR IN VERZUG!

Es besteht durch offenkundig AKUTE Wiederholungs- und Verdunkelungsgefahr, Terrorismusgefahr, Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erhebliches öffentliches Interesse.

Mit freundlichen Gruß

i. V. Präsident Rüdiger Hoffmann

Zeugen:

Staatenlos.info e. V. c/o. Frau Magret Seemann, Frau Sybille Moß, Herr Bernd Ankele, Herr Hartwig Kolthof
Seiten 1-4

Herr Helmut Buschujew
PF 1128
19281 Ludwigslust

Verein staatenlos.info e. V.

Weitere Zeugen können bei Bedarf genannt werden!

Beweis- Anlagen:

öffentlicher Zeitungsartikel in der Firmenzeitung *Wittenburger Stadt und Landbote* Heft 10, Jahrgang 15 – Seite
8 vom 10.Oktober 2015

Zur Kenntnisnahme und Antrag auf Hilfe:

Hauptzollamt Stralsund
Hiddenseer Str. 2
18439 Stralsund

Vorab per Telefax: 03831 356-1121

Zur Kenntnisnahme und Antrag auf Hilfe:

Bundesfinanzdirektion Nord
Stubbenhuk 3
20459 Hamburg

Vorab per Telefax: + 49 40 42820-2547 und +49 40 42820-2592

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

An die Generalstaatsanwaltschaft Rostock
Patriotischer Weg 120 a
18057 Rostock

Vorab per Telefax: (0381) 45605-13

Zur Kenntnisnahme und Antrag um Hilfe:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Vorab per Telefax: +49 (0) 30 18 580 - 9525

Zur Kenntnisnahme und Antrag um Hilfe:

An das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstraße 19-21
19055 Schwerin

Vorab per Telefax: (0385) 588 3450